IV. JAHRGANG

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRAL-INFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN
ZURICH, SCHWEIZERGASSE 8
POSTFACH BAHNHOF - TEL.: SELN. 28 75

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

Jahresabonn. Inland Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50
Ausland Fr. 15.—, Amerika 5 Doll. Erscheint wöchentlich



Offices in America:
NEW-YORK, 119 Nassau St.
PITTSBURGH, Pa. 903 Bluff St.
CHICAGO, ILL. 805 S. Mansfield

AGENCE CENTRALE DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Nummer 147 | 10. Juni 1921 | ד' סיון תרפ"א | Einzelnummer 40 Cts.

Abdruck nur gegen Quellenangabe

Samuel über die Interpretierung der Balfourdeklaration und das Einwanderungsverbot in Palästina.

Im englischen Unterhaus war namens des Kolonialministeriums auf verschiedene Anfragen wegen des erlassenen Einwanderungsverbotes in Palästina erklärt worden, dass Samuel am 3. Juni, dem Geburtstage König Georgs, in Palästina eine offiziöse Erklärung abgeben werde, der man nicht vorgreifen könne. Laut dem uns vorliegenden telegraphischen Bericht erklärte nun Samuel den am 3. Juni bei ihm erschienenen arabischen und jüd. Notabeln, nachdem er einen Ueberblick über die Fortschritte des Schulwesens gegeben hatte, bez. der politischen Lage und des Einwanderungsverbotes folgendes:

Es bekümmert mich zu sehen, dass die Harmonie zwischen den verschiedenen Glaubensbekenntnissen und Rassen in Palästina, die ich ernstlich bestrebt war zu fördern, noch nicht erreicht worden ist und ich habe besorgt über die besten Massregeln nachgedacht, um sie zu sichern. Lassen Sie mich in erster Reihe nochmals auf das unglückliche Missverständnis zurückkommen, das bez. des Satzes in der Balfour-Deklaration — die Errichtung einer jüdisch-nationalen Heimstätte in Palästina — existiert. Ich habe verschiedentlich gehört, dass die arabischen Einwohner Palästinas niemals damit einverstanden sein werden, dass ihnen ihr Land, ihre Heiligen Stätten und ihre Ländereien genommen werden, um Fremden überlassen zu werden, dass sie sich niemals mit einer jüdischen Regierung, die errichtet wird, um über die mohammedanische und christliche Majorität zu regieren, einverstanden erklären werden. Die Leute sagen, dass sie nicht verstehen können, wie die britische Regierung, die ihrer Gerechtigkeit wegen in der ganzen Welt bekannt ist, zu einer derartigen Politik jemals ihre Einwilligung geben konnte. Das ist nicht der Sinn der Balfour-Deklaration. Es mag sein, dass die Uebersetzung des englischen Textes ins Arabische nicht den richtigen Sinn wiedergibt. Es wird darin gesagt, dass man es den Juden, einem Volke, das in der ganzen Welt zerstreut ist, aber dessen Herzen immer nach Palästina gerichtet sind, ermöglichen soll, hier ihr Heim zu gründen und dass manche unter ihnen — in den Grenzen, die durch die Zahl und Interessen der gegenwärtigen Bevölkerung fixiert werden — nach Palästina kommen, um mit ihren Mitteln und Bemühungen zu helfen, das Land zum Nutzen all seiner Einwohner zu entwickeln. Wenn irgend welche Massregeln notwendig sein sollten, um die mohammedanische und christliche Bevölkerung zu überzeugen, dass diese Grundsätze in der Praxis befolgt werden und dass ihre Rechte tatsächlich geschützt sind, so werden diese Massregeln getroffen werden. Denn die britische Regierung würde ihnen — als bevollmächtigter Mandatarmacht, die für das Wohlergehen des Volkes von Palästina zu sorgen hat — niemals eine Politik auferlegen, die im Gegensatz zu ihren religiösen, politischen und ökonomischen Interessen steht.

Mit Bezug auf die Immigration ist es in der Tat notwendig, dass ihr Umfang strikt der nützlichen Verwendung im Lande und der Arbeit von dauerndem Charakter angepasst wird. Die Immigration ist suspendiert worden, um einen Rückblick über die Lage zu ermöglichen. Es sind Richtlinien festgelegt worden, wonach Personen, die zu den folgenden Klassen gehören, in Palästina zugelassen werden können: Touristen, Personen, die finanziell selbständig sind, Berufsleute, Verwandte, die gänzlich von in Palästina niedergelassenen Personen abhängen, und Personen, die eine bestimmte Aussicht auf Anstellung bei genau angegebenen Arbeitgebern oder Unternehmungen haben. Ferner wird einer beschränkten Anzahl von Personen, die im Moment, als das Einwanderungsverbot erlassen wurde, angekommen oder in europäischen Häfen eingeschifft waren, der Eintritt jetzt erlaubt werden. Aber es muss mit Bestimmtheit anerkannt werden, dass die Verhältnisse in Palästina derart sind, dass sie nichts von der Natur einer Massenimmigration erlauben. Ich bin besorgt, das Volk von Palästina enger mit der Verwaltung, die unter dem Mandat errichtet wurde, zu verbinden und dass die Frage, die einen freien und autoritativen Meinungsausdruck sichert, die eifrigste Aufmerksamkeit der Regierung Seiner Majestät in London findet. In der Zwischenzeit schlage ich vor, sofortige Schritte zu unternehmen, die zu einer engeren Beratung über wichtige administrative Angelegenheiten zwischen der Regierung und verantwortlichen Personen, die alle Bevölkerungsschichten vertreten, führen. Wenn das Mandat in Kraft treten wird, so ist es die Absicht der Regierung Seiner Majestät, Vorsorge für die Regierung von Palästina zu treffen. Die Interessen der nichtjüdischen Bevölkerung werden durch das Mandat nicht nur völlig gewahrt bleiben, sondern werden gewiss in jener Urkunde festgelegt werden. Wie kürzlich bereits angekündigt wurde, werden sofort Schritte unternommen werden, um das Wahlsystem in den Munizipalitäten wieder zu errichten.

Bez. der ernsten Unruhen, die sich kürzlich in Jaffa und Umgebung ereigneten, erwarte ich den Bericht des unparteiischen Komitees, das jene Ereignisse und ihre Ursachen jetzt untersucht, bevor ich eine Meinung darüber äussern kann, aber es ist sicher, dass nichts offenbare Verbrechen wie Morde und Angriffe, die stattgefunden haben, entschuldigen kann. Eine grosse Zahl von Fällen, die sich anlässlich dieser Unruhen ereignet haben, werden jetzt verhört und jene, die irgendwelcher verübter Verbrechen schuldig befunden werden, werden die entsprechende Strafe empfangen. Den Familien der Opfer und den zu Schaden Gekommenen drücke ich meine aufrichtigste Sympathie aus.

Diese Deklaration Samuels hat einen äusserst deprimierenden Eindruck auf die Judenheit Palästinas gemacht. Wenn auch die palästinensische jüd. Presse

infolge der überaus strengen Zensur gehindert ist, der allgemeinen Misstimmung Ausdruck zu verleihen, so wird doch allgemein die obenstehende Erklärung Samuels als ernster Schlag für die politische Stellung des Zionismus empfunden. Für den 6. ds. war eine ausserordentliche gemeinsame Sitzung des Waad Leumi und des Waad Hazirim zur Besprechung der dadurch geschaffenen Lage einberufen.

Von der aktuellen Tätigkeit des Joint Foreign Committee.

Interview der „J.P.Z." mit Lucien Wolf.

Der Herausgeber der „Jüdischen Presszentrale Zürich" hat während seines einwöchigen Aufenthaltes in London Gelegenheit gehabt, mit führenden Persönlichkeiten in jüd. Angelegenheiten Rücksprache zu nehmen. Ausser den Audienzen bei den Ministern Churchill und Mond und Besprechungen mit den verschiedenen sich derzeit in London befindlichen zion. Führern, wurde unser Herausgeber u. a. auch von Claude Montefiore, Lord Swaythling und Lionel de Rothschild empfangen. Der Generalsekretär des Joint Foreign Committee, Lucien Wolf, gewährte dem Herausgeber der „J.P.Z." eine mehr als zweistündige Unterredung, in der auch zahlreiche vertrauliche Fragen zur Sprache kamen. Wir beschränken uns hier auf die Wiedergabe der für die Oeffentlichkeit bestimmten Beantwortung der einzelnen Fragen. Auf die Frage, ob das Joint Foreign Committee auch die Juden des Ostens vertrete und inwiefern es sich dieser annehme, erklärte Lucien Wolf:

Das Joint Foreign Committee prätendiert nicht, die Juden Osteuropas zu vertreten, es sei denn, dass es von diesen darum ersucht wird. Wir handeln, wenn sie uns darum angehen. Die wichtigste Frage, mit der wir uns jetzt beschäftigen, ist die Frage der Emigration aus Osteuropa. Diese hat ihren kritischen Punkt durch die Anhäufung der Flüchtlinge in Polen gefunden. Der Jüdische Nationalrat in Polen hat sich an uns gewandt, (s. „J.P.Z." Nr. 146) weil die poln. Regierung die Flüchtlinge mit Ausweisung bedroht hat, wenn sie innerhalb drei Monaten nicht auswandern. Wir haben uns infolgedessen mit zwei Fragen zu beschäftigen. Einmal mit der dringenden Frage der Flüchtlinge in Polen und dann mit der allgemeinen Frage der jüd. Emigration aus Osteuropa. Bez. der ersten Frage sind wir sehr aktiv vorgegangen zusammen mit der Ica, der Alliance Israélite und anderen Organisationen. Wir sind mit verschiedenen Regierungen in Unterhandlungen getreten, um einen sofortigen Abzug der Flüchtlinge zu ermöglichen. Der Verlauf dieser Verhandlungen ist günstig, aber sie nehmen natürlich Zeit in Anspruch. Wir sind ebenfalls um spezielle Pass-Erleichterungen vorstellig geworden. Wir haben es auf uns genommen, die notwendigen Mittel und Organisationen ausfindig zu machen, um Transport, Empfang und Uebersiedlung der Emigranten zu sichern. Wir werden ebenfalls Schritte unternehmen, um die Flüchtlinge in der Zwischenzeit vor der Ausweisung aus Polen zu schützen. Der Jüdische Nationalrat in Warschau ist über alle unsere Schritte unterrichtet. Soweit also was die eine Frage betrifft.

Bez. der allgemeinen Emigrationsfrage gehen wir in Verbindung mit der Ica vor und wir haben uns angeboten, zusammen mit dem Völkerbund, dem Internationalen Arbeitsbüro und dem internationalen Roten Kreuz, welche jetzt alle die Emigrationsfrage in Betracht ziehen, zusammen zu arbeiten. Die jüd. Organisationen, die sich jetzt mit dem Emigrationsproblem in ganz Europa befassen, werden am 7., 8. und 9. Juni unter den Auspizien der Ica eine Konferenz in Brüssel abhalten. Die Beratung wird sich hauptsächlich damit zu befassen haben, ein umfassendes Programm für die Kontrolle und Regulierung der jüd. Emigration aufzustellen, das für die Bequemlichkeit der Emigranten sorgt. Wir werden auch auf der im August in Genf stattfindenden Emigranten-Konferenz vertreten sein.

Sodann kam der Fall Löw zur Sprache, worauf Wolf erklärte, dass sich das Joint Foreign Committee lebhaft mit dem Fall beschäftigte und dass der britische Oberkommissär in Budapest das Verhör Rabbi Löws verfolgen und der britischen Regierung berichten wird.

Bez. des jüd. Friedhofes in Smyrna erklärte Lucien Wolf, dass dieser während des Krieges von der türkischen Regierung mit Beschlag belegt wurde. Gerade vor dem Waffenstillstand erwirkten die Juden einen diesbez. Beschluss der Hohen Pforte zu ihren Gunsten. Als die Griechen Smyrna besetzten, nahmen sie von den türkischen Behörden Besitz, ignorierten den Beschluss der Hohen Pforte und behaupteten, dass er nicht existiere. Die Jüd. Gemeinde von Smyrna wandte sich daher an das Joint Foreign Committee und an die Alliance Israélite. Wir haben die Frage mit der griechischen Regierung diskutiert und haben entsprechende Schritte unternommen; es besteht die Hoffnung, dass die Angelegenheit demnächst in zufriedenstellender Weise erledigt wird. Wie Sie sehen, gibt es auch eine Reihe anderer Fragen, mit denen wir uns zu beschäftigen haben, aber ich kann darüber nicht viel sagen, weil sie höchst vertraulicher Natur sind.

Einen weiteren Punkt der gegenwärtigen Arbeit des Joint Foreign Committee bildet Artikel 129 des Vertrags von Sèvres, der alle Juden, die zur Zeit des Inkrafttretens des Vertrages in Palästina wohnhaft sind, zwingt, palästinensische Bürger zu werden und ihre gegenwärtige Nationalität aufzugeben. Wir haben gegen diesen Artikel protestiert, weil sich britische Juden in Palästina befinden, die dort zu bleiben wünschen, jedoch ihre britische Nationalität nicht aufgeben wollen. Die Alliance Israélite Universelle hat ebenfalls zugunsten der franz. Lehrer in ihren palästinensischen Schulen protestiert. Der Artikel stellt eine Verletzung des englischen Common Law und des franz. Code-Civile dar, umsomehr, als er britische und französische Staatsangehörige ihrer Nationalität beraubt unter Umständen, die von jenen Gesetzen nicht vorgesehen sind. Es ist ebenfalls eine Verletzung der Balfour-Deklaration, die die Rechte und den politischen Status der britischen und französischen Juden und aller anderen Juden, die nicht Bürger von Palästina sind, garantiert.

Tagung des Zentralrats der jüdischen Welthilfs-Konferenz in Wien.

Der Wiener F.-Korrespondent der „J.P.Z." berichtet: Bei den weiteren Sitzungen berichtete Anitta Müller ausführlich über die Fragen der Kinderfürsorge und über die von überseeischen jüd. Organisationen unternommenen Aktionen zur Uebernahme von Pogromwaisen. (Namentlich Kanada und Südafrika.) Diese Aktionen, bei denen die entsprechenden Sicherungen gefordert werden müssen, bilden nur eines der Mittel zur Lösung der Frage der Kinderfürsorge. Auch an Ort und Stelle werde man Heime für die Kinder schaffen müssen. Die Adoption müsse unter Kontrolle jüd. Organisationen durchgeführt werden. Sie schlägt die Errichtung einer Zentralstelle für Kinderfürsorge in Wien vor. Ochberg (Südafrika) berichtet über die Aktion der südafrikanischen Juden, welche vorläufig 250 Waisen in Waisenhäusern unterbringen wollen. Kaplan betont die Wichtigkeit der Ueberführung von Pogromwaisen nach Palästina und spricht sich gegen jede Privataktion aus. Der Generalsekretär Jefroikin weist auf die hohen Kosten einer gegenwärtigen Unterbringung der Kinder in Palästina hin. Klumel (Warschau) fordert die

Gründung von Werkstätten im Osten und Heranziehung von Frauenorganisationen zur Arbeit. Dr. Krämer weist darauf hin, dass die Juden Polens das Problem ihrer eigenen Waisenfürsorge nicht lösen können. In Ostgalizien sind 17,000 registrierte Waisen, 10,000 in Wolhynien und daher müsse man auch zur Adoption greifen. Die Frage der Ueberleitung der Kinder nach Palästina wird wiederholt verschiedentlich erörtert. Oberrabb. Chajes weist darauf hin, dass vielfach auch ausserhalb Palästinas die Kinder für Palästina ausgebildet werden können, wie seine Erfahrungen in Amerika beweisen. Es wurde hierauf die Schaffung eines speziellen Zentralbüros für Kinderfürsorge in Wien beschlossen, das unter der Leitung von Dr. Chajes und Anitta Müller stehen soll. Demnächst sollen mehrere Kindertransporte nach Argentinien, Südafrika und Paris abgehen. Der Exekutive in Paris bleiben Emigrations- und Flüchtlingsangelegenheiten vorbehalten. Zur Lösung der Emigrationsfrage soll der Zusammenschluss aller jüd. Hilfsorganisationen erstrebt werden. Eine spezielle Waisenaktion nach Palästina soll nach gesellschaftlichen Grundsätzen durchgeführt werden. Zum Präsidenten des Zentralrates wurde Prof. Simonsen (Kopenhagen) gewählt. Die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden hat bereits erklärt, dass sie eine ständige Verbindung mit der Welthilfszentrale wünscht. In Angelegenheit der in Wien durch das Einwanderungsverbot nach Palästina festgehaltenen tausend Chaluzim wurde beschlossen, einen Betrag zur Verfügung zu stellen und sich an die ukrainisch-jüdischen Föderationen in London und New York um Hilfe zu wenden.

Hierauf wurde die Frage der Reorganisation behandelt und beschlossen, aus einer Reihe von Ländern (Bessarabien, Belgien, Danzig, Holland, Italien, Jugoslavien, Lettland, Rumänien, Wilna, Wien, Wolhynien, Polen, Ostgalizien, Tschecho-Slovakei, Amerika, Argentinien, Kanada, Südafrika) Vertreter zu kooptieren. In der letzten Sitzung berichtet der Vorsitzende der Exekutive, Motzkin, über die Emigrationsfrage, welche das dringendste Problem des Augenblicks bilde und unterbreitet eine Reihe von Resolutionen: Einen Appell an alle jüd. Hilfsorganisationen zu richten und einen Zusammenschluss sämtlicher Organisationen in die Wege zu leiten, durch die jüd. Organisationen Mittel zu finden, um in einer Reihe von Ländern rechtliche Erleichterungen der Zulassung von Einwanderern zu erlangen, die Möglichkeiten Palästinas für die jüd. Wanderung auszunützen, von verschiedenen Staaten, hauptsächlich Südamerika und den engl. Kolonien, entsprechende Deklarationen zu fordern und einen Verteilungsplan der jüd. Emigranten zu entwerfen. Weiters sich dem Appell an den Völkerbund anzuschliessen, in welchem dieser aufgefordert wurde, durch einen Appell an seine Mitglieder Einwanderungsmöglichkeiten in den verschiedenen Staaten zu schaffen, und für die Schaffung einer zentralen Emigrationsbank tätig zu sein.

Die Konferenz, an welcher die Majorität des in Karlsbad gewählten Zentralrats teilnahm, bedeutet einen wichtigen Schritt zum Ausbau der zentralen jüd. Welthilfsorganisation.

Vom 12. Zionisten-Kongress.

Die Exekutive der Zion. Org. teilt mit: Der 12. Zionistenkongress wird am 1. Sept. in Karlsbad im Schützenhaus eröffnet. Zur Vorbereitung des Kongresses wurde unter Leitung von Julius Berger und Dr. Martin Rosenblüth ein Kongressbüro eingerichtet, dessen Adresse lautet: Büro des 12. Zionistenkongresses Karlsbad (Tschecho-Slovakei), Schützenhaus. Die Telegramm-Adresse lautet: „Congrezion Karlsbad". Das Büro hat seine Tätigkeit am 1. Juni aufgenommen. Von jetzt an sind sämtliche Zuschriften, die sich auf Reservierung von Plätzen beim Kongress oder auf lokale Veranstaltungen dort beziehen, ferner alle Anfragen wegen Logis, Unterkunft, Verpflegung u. dgl. an das genannte Kongressbüro zu richten. Dagegen sind sämtliche Mitteilungen betreffend Wahlen und Schekelabrechnung nach wie vor an die Exekutive nach London zu adressieren. Alle weiteren Einzelheiten betreffend den Kongress werden fortlaufend veröffentlicht werden.

Chronik.

Russland.

— Wie die Kownoer „Jüdische Stimme" aus sicherer Quelle erfahren haben will, entsprechen die Gerüchte über die von den weissrussischen Aufständigen in Schatzk und Witebsk veranstalteten Pogrome (s. „J.P.Z." Nr. 146) nicht den Tatsachen.

— Laut in Danzig eingetroffenen Nachrichten findet derzeit in der Sovietukraine neuerlich eine äusserst rege Pogromagitation statt.

— Lt. Meldung der links-sozialistischen „Naje Welt" findet in Sovietrussland ein Prozess des Herausdrängens der jüd. Arbeiter aus den Werkstätten statt, ohne dass man jüd. Arbeiter in neue Fabriken einstellen würde. Dieser Prozess gehe so rasch vor sich, dass die Lage des jüd. Arbeiters eine katastrophale werde, ungeachtet aller Versuche der Behörden, diesen Prozess zu verhindern.

Polen.

— Der „Ukrainskij Wistnik" berichtet, dass der Präsident der ukrainischen Volksrada, Pietruschewitsch, den alliierten Regierungen ein Projekt über die Konstutution einer ostgalizischen Republik überreicht hat, in der die Ukrainer, Polen und Juden die souveränen Nationen bilden sollen, während die übrigen als nationale Minoritäten zu gelten hätten. Gesetzgebendes Organ soll ein Staatsrat sein, dessen Mitglieder in drei besonderen nationalen Kurien proportionell zur Zahl dieser drei Nationalitäten gewählt werden. Jede Nationalität besitzt ihre eigenen Schulen. Amtssprache ist das Ukrainische, während der sonstige Verkehr in der ukrainischen, polnischen und jüdischen Sprache geführt werden kann. Jeder Bürger hat das Recht, die Beantwortung in der Sprache, in der sein Gesuch gestellt ist, zu fordern. Als Bürger der galizischen Republik sind alle diejenigen zu betrachten, die vor dem 1. Nov. 1918 in Ostgalizien wohnten. An der Spitze der Republik haben 1 Präsident und 3 Vizepräsidenten zu stehen. Der Präsident muss stets ein Ukrainer und die Vizepräsidenten je 1 Ukrainer, Pole und Jude sein. Allen Bekenntnissen wird vollständige religiöse Autonomie zugesichert.

— Wie sehr die tatsächliche Kenntnis der wirklichen Verhältnisse in Palästina auf die Stellungnahme der Besucher des Landes zu den verschiedenen palästinensischen Problemen einwirkt, beweist die Ansprache des unlängst aus Palästina zurückgekehrten Führers der polnischen Aguda, des Gerrer Wunderrabbi, gelegentlich des ihm von den Szlome Emune Jisroel in Warschau bereiteten Empfanges. Diese Rede, die sich in fast nichts von der Stellungnahme irgend eines orthodoxen Kreisen angehörenden Zionisten unterscheidet, lautete: Ich verliess Palästina mit Wehmut, so schwer fiel mir die Trennung von dem Heiligen Lande. Meine Beobachtungen will ich nur kurz wiedergeben, da die Mitglieder der Delegation und auch ich erst später ausführlicher über das, was dort von uns und unserer Delegation unternommen wurde, wie auch von so manchem, was im Durchführen ist, berichten werden. Im allgemeinen kann ich sagen, dass wir alles in grösster Ordnung gefunden haben. Die Juden können sich dort ohne jedes Hindernis ansiedeln. Wir können dort ein jüd. Leben führen, ähnlich dem unserer Vorfahren. Man kann auch im Lande seinen Unterhalt finden. Das Leben der orthodoxen Juden in Palästina habe ich mir vorher viel schlimmer vorgestellt, als ich es angetroffen habe. In den Jeschiboth Mea Schearim und Chaje Olam sah ich viele

gelehrte Juden, habe auch viele Erziehungsinstitutionen besucht, die in wahrhaft jüd. Geiste geleitet werden. Die Stunde der Tat für den Jischub in Palästina hat geschlagen. Am besten wäre es, wenn ein jeder von uns sich dort ansässig machen könnte. Wem dies nicht möglich ist, der soll zumindest einen Teil seines Kapitals in Palästina investieren. Der Jischub setzt sich hauptsächlich aus orthodoxen Juden zusammen, die jedoch in entsprechend schlechten materiellen Verhältnissen leben, weshalb die Freisinnigen die Oberhand haben. Falls 500 wohlhabende orthodoxe Juden sich in Jerusalem ansässig machen würden, würde das orthodoxe Judentum einen bedeutenden Einfluss erlangen. Es gibt zahlreiche Pläne für die Erweiterung der Kolonisation. Den Anfang machten wir bereits, indem wir bei Jaffa ein Territorium von 20,000 Quadratellen kauften, um darauf Wohngebäude und Geschäfte zu errichten. Wir werden uns bestreben, orthodoxen jüd. Arbeitern Verdienstmöglichkeit zu verschaffen; es gibt im Lande zahlreiche fromme Handwerker, die jedoch keine Arbeiten bei den Fortschrittlichen übernehmen können. Unsere Arbeit hat sofort nach Pfingsten zu beginnen, sodass für den Winter bereits eine grössere Zahl dieser Gebäude fertig sein soll. An diesem Unternehmen beteiligen sich einige reiche Juden aus Jerusalem, zu denen man Vertrauen haben kann. Ausserdem sind in Palästina auch einige Mitglieder unserer Delegation geblieben. Daneben besteht auch noch der Plan des Ankaufes grösserer Bodenkomplexe durch die Aguda. Ich habe auch Samuel besucht und mit ihm eine längere Unterredung gehabt. Ich wurde von ihm bevollmächtigt, zu erklären, dass die orthodoxen Juden die gleichen Privilegien erhalten werden, wie die anderen Organisationen. Er drückte auch den Wunsch aus, dass die Einwanderer in Freundschaft mit den Arabern leben möchten. Ich versicherte ihn, dass wir Juden den heissesten Wunsch haben, mit allen friedlich und in Eintracht zu leben. Ich erhielt auch die Zusicherung, dass die orthodoxen Juden bei den Bodenkäufen alle möglichen Erleichterungen geniessen werden. Viel Zeit habe ich auch verwendet für die Erledigung des unter den dortigen Rabbinern herrschenden Streites; ich kann nur kurz sagen, dass, obwohl es unmöglich war, sofort alle Misshelligkeiten aus dem Wege zu räumen, ich dennoch vieles für die gegenseitige Annäherung getan habe, und ich hoffe, dass meine Bemühungen nicht vergeblich gewesen sein werden. Ich wiederhole, dass ich viel mehr gesehen habe, als ich hier berichte. Die Vorfälle in Jaffa sind sicherlich ein Unglück, da die Araber Verheerungen anrichteten. Es gibt aber auch solche, die die Schuld auf die jüd. Kommunisten abwälzen wollen. Erst in Wien habe ich erfahren, dass die Einwanderung eingestellt worden ist, jedoch ist die Hoffnung vorhanden, dass dieses Verbot nicht lange bestehen bleiben wird.

— Am 26. Mai fand in Lemberg eine Massenversammlung der jüd. akademischen Jugend statt, die in einer Resolution flammenden Protest gegen die bis heute bestehenden Ausnahmsverfügungen erhob, deren Ziel es ist, der jüd. Jugend die Möglichkeit zu nehmen, ihren Studien auf den Lemberger Hochschulen nachzugehen; sie fordert von der Regierung kategorisch unverzügliche Aufhebung dieser das Recht der jüd. Jugend an den Hochschulen vergewaltigenden Bestimmungen.

— Die polnische Regierung hat beschlossen, sich mit einer Anfrage an den Warschauer amerikanischen Gesandten, Gibson, zu wenden, ob er gegebenenfalls bei seiner Regierung intervenieren würde, wegen Milderung der Einwanderungsvorschriften für die jüd. Flüchtlinge aus der Ukraine, die sich in grosser Zahl in Polen befinden und deren Lage eine sehr kritische ist.

— Das Zentralhilfskomitee für die jüd. Flüchtlinge aus der Ukraine hat die Entsendung einer Delegation nach Mexiko beschlossen, zwecks Studiums der Möglichkeit einer eventl. Ansiedlung der Flüchtlinge in diesem Lande.

— Das Kultusministerium hat der Lemberger Kultusgemeinde die Erlaubnis erteilt, eine höhere Lehranstalt für orthodoxe Rabbiner zu eröffnen. Als Kuratoren wurden bestätigt: der Präsident der Kultusgemeinde, der ehemalige Präsident Samuel Horowitz, der für diese Institution 1 Million Kronen gespendet hat, die Rabbiner Joseph Babad, Nathan Lewin und Gedalie Schmelkes, Prof. Schorr, Isak Thumim, Leon Wahl und Jakob Wittels. Das Ministerium ist bereit, den Gemeinden, die die Absicht haben, diese Institution ständig zu unterstützen, zu gestatten, ihre Kultussteuern zu erhöhen.

Litauen.

(Polnisches Okkupationsgebiet.)

— Da die polnisch-jüdischen Verständigungsverhandlungen, ebenso wie in Warschau, auch in Wilna bisher nur wenig günstige Resultate zeitigten, wurden die weiteren Konferenzen auf eine noch festzusetzende Zeit verschoben.

Lettland.

— Die lettische Presse führt in letzter Zeit eine scharfe antisemitische Agitation. Die demokratische Partei hat in einem Manifest die Letten aufgefordert, die Juden zu boykottieren, um sie dadurch zum Verlassen des Landes zu zwingen. Die demokratische Partei erhebt die Forderung nach der Ausweisung der einigen tausend fremden Juden. Die Boykottbewegung wird, mit Ausnahme der sozialistischen, von der gesamten lettischen Presse unterstützt. Zu gleicher Zeit wird auch eine scharfe Kampagne gegen die nationalen Minderheiten geführt, die sich in der Hauptsache gegen die Juden richtet und vorgeschlagen, die Rechte der nationalen Minderheiten, auch wenn sie lettische Staatsangehörige sind, bez. des Erwerbs von unbeweglichen Eigentums zu beschränken. Der Vorsitzende der jüd. Fraktionen in der lettischen Konstituante, Abg. Fischmann, hat beim Innenminister Berg interveniert und darauf hingewiesen, dass diese systematische Judenhetze die Gefahr des Ausbruches von Exzessen gegen die Juden in sich birgt. Der Minister hat die Ergreifung von Mitteln gegen eventl. Exzesse zugesagt.

Rumänien.

— Bei der feierlichen Einführung des zum rumänischen Oberrabbiner gewählten Dr. Niemirower (s. „J.P.Z." Nr. 145), war auch die Regierung durch Minister Misu, der den König vertrat, den Kultusminister Ghoga und den Arbeitsminister vertreten. Eine warme Ansprache wurde auch durch den Erzbischof Nikolaus als Vertreter des Metropolit-Primas gehalten. In seiner Antwortrede auf all die zahlreichen Begrüssungen erwähnte Dr. Niemirower, dass die Kultusgemeinde ein theologisches Rabbinerseminar gründen werde, als Tempel der jüd. Kultur und der jüd. Religion.

Ungarn.

— Laut Meldung der „Wiener Morgenzeitung" findet am 17. Juni in Ungarn eine Versammlung der orthodoxen Rabbiner statt, deren wichtigster Gegenstand die Verhängung des grossen Bannes, des Cherem, wider die Zion. Organisation bilden soll.

— Die 14. Landeskonferenz der Zionisten Ungarns findet am 29. und 30. Juni statt.

Tschecho-slovakischer Staat.

— Der Dozent der Prager tschechischen Universität, Dr. Vorovka, widmet in der tschechischen Tageszeitung „Tribuna" v. 29. Mai dem zion. Dichter und Philosophen Max Brod eine gründliche Studie, wobei er sich besonders auf Brods in Vorbereitung befindliches grosses Bekenntnisbuch, „Heidentum, Christentum, Judentum" bezieht. Von diesem Buch ist eben in den führenden tschechischen Monatsschrift „Ruch Filosoficky" die Übersetzung eines charakteristischen Kapitels im Vorabdruck erschienen. An die Probe anknüpfend, schreibt Vorovka. „Max Brod unterwirft die Welt-

religionen einer philosophischen Revision und führt schreiende Beispiele an, wie christliche und jüd. Pfaffen im Weltkriege dem Gott des Mordes dienten. Aber sehr richtig bemerkt er, dass es nicht darauf ankommt, ob die Ideale missbraucht werden, sondern darauf, ob die Ideale genügend innere Kraft haben, dem Missbrauch zu widerstreben. Brod hält es für klar, dass das christliche Ideal dem Missbrauch nicht so viel Widerstand entgegensetzt, wie das Ideal der jüd. Religion. Ich stimme mit Brod darin überein, dass das Judentum warhaftigere Beziehungen zu Leben und Politik lehrt, als das Christentum .... Brod wirft uns allen, die wir christlich erzogen worden sind, mit Recht vor, dass wir neben Christentum und Heidentum das Dritte, das doch vorhanden ist, nicht kennen: den jüd. Monotheismus. Wenn das pragmatische Kriterium der Wahrheit richtig ist, dass das wahr ist, was sich im Leben bewährt, dann ist tatsächlich das Judentum die wahrste aller Religionen. Die Philosophie von James hat uns gezeigt, dass der kleine Gott, der menschlicher Wirkung bedarf, dem Menschen heilsamer ist, als der grosse Gott, der allmächtige und allwissende Arrangeur, der zu Fatalismus führt. Ganz anders im alten Testament! Dort muss man um Gottes Segen kämpfen, wie Jakob die ganze Nacht mit dem Engel ringt. Dies ist der Extrakt des Judentums und diese Stelle der Genesis hat Brod daher auch seinem Roman „Tycho Brahes Weg zu Gott" vorangesetzt."

Die Worte des Dozenten Vorovka fallen umsomehr ins Gewicht, als bisher in tschechischen Philosophen- und Intelektuellen-Kreisen nur die banalsten Vorstellungen über das Wesen des Judentums als einer „materialistischen" Weltanschauung an der Tagesordnung waren.

— Die linken Poale Zion der Tschecho-Slovakei haben sich auf dem 3. ordentlichen Reichsparteitag in Prag vom 14. und 15. Mai als jüdische kommunistische Partei der Tschecho-Slovakei konstituiert.

Deutschland.

— Das Arbeiterfürsorgeamt der jüd. Organisationen Deutschlands teilt der „J.P.Z." mit: Bekanntlich existiert seit mehreren Monaten ein Internierungslager für sogenannte „lästige Ausländer" in Stargard. Während in der ersten Zeit hauptsächlich Ausländer interniert wurden, die sich irgendwelcher krimineller Vergehen schuldig gemacht hatten, sind letztens leider auch zahlreiche Ausländer interniert worden, die früher einmal wegen zeitweiliger Arbeitslosigkeit ausgewiesen wurden, ohne die Möglichkeit zu haben, der Ausweisung nachzukommen, da ihnen die Rückkehr in die Heimat wegen der bekannten Zustände in Osteuropa zur Zeit nicht möglich war. Es handelt sich also hier nicht nur um kriminelle Elemente, sondern zum grossen Teil um durchaus arbeitswillige und arbeitsfreudige Ausländer, die zum Teil inzwischen längst wieder Arbeit gefunden haben und nun von ihrer Arbeitsstelle weg interniert wurden. Unter den so Internierten befindet sich eine grössere Anzahl ostjüdischer Flüchtlinge und Arbeiter. Das Arbeiterfürsorgeamt der jüd. Organisationen Deutschlands hat von Anfang an sehr energische Vorstellungen gegen diese Politik erhoben und die zuständigen Stellen, insbesondere die Ministerien, wiederholt auf die Unzweckmässigkeit dieser Praxis aufmerksam gemacht. Nun haben sich letztens die Verhältnisse ganz ausserordentlich verschlechtert. Die Behandlung der Internierten von Seiten der Wachmannschaften spricht allen menschlichen Empfindungen Hohn. Das Arbeiterfürsorgeamt hat die Fälle untersucht und festgestellt, dass zahlreiche Internierte unbarmherzig geschlagen und misshandelt wurden. Die Internierten werden mit den gemeinsten Ausdrücken beschimpft. Infolge der Misshandlungen, sowie der ausserordentlich schlechten Unterbringung und der mangelhaften Verpflegung ist die Zahl der im Lazarett liegenden Kranken eine ausserordentlich hohe. Der Verkehr der Internierten mit der Aussenwelt unterliegt schweren Beschränkungen. Der Briefverkehr wird zensuriert. Die Klagen der Gefangenen werden nicht genügend beachtet. Vor einigen Tagen ist im Lager Stargard eine mit 80 Mann belegte Baracke abgebrannt. (s. „J.P.Z." Nr. 146.) Da absolut keine Löschmittel zur Verfügung standen, die Wachmannschaften offenbar, entgegen ihrer Pflicht, nicht rechtzeitig einsprangen, brannte die ganze Baracke nieder. Mehrere Internierte erlitten Brandwunden, darunter einer sehr schwere. Die Kleider der Internierten, deren Wertsachen und ihre Papiere sind verbrannt. Da die Baracke verschlossen war, sprangen die Internierten zum Fenster heraus. Sie wurden daraufhin von den Wachmannschaften beschimpft und zum Teil mit Kolbenschlägen misshandelt. Am folgenden Tage beim Appell wurde den Internierten angedroht, dass sie, falls nochmals eine Baracke in Brand geraten würde, nicht mehr herausspringen dürften, sie sollten ruhig verbrennen. Das Arbeiterfürsorgeamt hat sofort an Ort und Stelle die Vorkommnisse nachgeprüft und dann beim Ministerium schärfsten Einspruch erhoben. Das Ministerium des Innern teilt mit, dass es sofort eine strenge Untersuchung der Vorfälle eingeleitet hat. Ein höherer Beamter des Ministeriums ist nach Stargard entsandt worden. Es muss anerkannt werden, dass das Ministerium demnach schnell eingreift. Wir erwarten nunmehr die unverzügliche Abstellung dieser unglaublichen Misstände.

Italien.

— Der in Triest auf die Abfahrt der „Carniolia" harrende J. R. Korrespondent der „J.P.Z." berichtet: In Triest allein harren jetzt gegen 190 Chaluzim der Abreise nach Palästina, die vom Palästinaamt in verschiedenen Asylen untergebracht wurden, darunter zahlreiche, die bereits Erez Israel nahe waren, jedoch wieder nach Triest umkehren mussten, so 24 aus Jaffa, 7 aus Port Said, und 36 aus Alexandrien. Trotz der vielen Leiden ist der Mut dieser Chaluzim nicht gesunken. Ungeachtet aller Schwierigkeiten beharren sie fest auf ihrem Beschlusse, tapfere Vorkämpfer der jüd. Renaissance in Palästina zu werden. Zu ihrer weiteren Ausbildung und um die harte Wartezeit nicht nutzlos vorüberstreichen zu lassen, wurden in Triest vorige Woche hebräische Kurse eingerichtet, und zwar einer für Anfänger und einer, geleitet von Rogovin, für Fortgeschrittene, ein 3. Kursus für hebräische Konversation, geleitet von Chawer Menachem und einer für Erdkunde Palästinas von Dr. Kaplan.

Am 2. Juni, dem 30. Trauertage der Ereignisse in Palästina, fand eine von 200 Personen besuchte Versammlung statt, auf der in einer Resolution Protest gegen die Sistierung der Einwanderung erhoben und strengste Bestrafung der Schuldigen gefordert wurde. In der Resolution wird des weiteren versichert, dass Überfälle die Fortsetzung der Wiederaufbauarbeit nicht werden hindern können. Man hofft, dass nach dem am 3. ds. in Jerusalem, anlässlich des Geburtstages des Königs bei Samuel stattfindende Empfang die Grenzsperre aufgehoben werden wird.

Frankreich.

— Auf seiner Rückreise aus Palästina traf Sokolow am 2. Juni in Paris ein, wo er nur einige Tage verweilte und sich nach London begab.

— Auf einem in Paris stattgefundenen Meeting der zion. Föderation beantragte Dr. Marmorek eine Resolution, der amerikanischen zion. Konvention eine Deklaration zu übersenden, in der gegen Weizmanns Aktion in Amerika Stellung genommen wird. Diese Resolution wurde mit grosser Mehrheit verworfen und an ihrer Stelle beschlossen, eine Begrüssung an die Konvention zu senden, mit einem Appell an die amerikanischen Zionisten, Frieden zu schliessen.

Belgien.

— Auf Einladung der ICA findet am 7., 8. und 9. Juni in Brüssel eine Beratung der hauptsächlichsten Immigrations-Komitees und der grösseren jüd. Organisationen, die an diesem Problem interessiert sind, statt.

England.

— Das Mitglied der Labour Party, Maclean, stellte im Unterhaus die Anfrage, ob die Einstellung der Palästinaeinwanderung in Verbindung stehe mit den Unruhen in Jaffa. Diese Einstellung der Immigration berühre am meisten die jüd. Arbeiter, grösstenteils Flüchtlinge aus der Ukraine, Polen und Litauen, von denen bereits viele auf dem Wege nach Palästina waren. Die weitere Frage laute, ob in Anbetracht dieser Tatsachen und der verursachten Leiden das Kolonialministerium beabsichtige, das Verbot der Einwanderung aufzuheben. Der Vizeminister Wood erklärte, dass der gesamten Frage der zukünftigen Einwanderung nach Palästina grosse Aufmerksamkeit von der Regierung geschenkt werde, in Beratung mit dem High Commissioner. Samuel beabsichtige, wegen dieser

Frage am 3. Juni, dem Geburtstag des Königs, eine Erklärung abzugeben (s. erste Meldung unserer heutigen Nummer) und wird bei dieser Gelegenheit auch die Politik der britischen Regierung klarlegen. Es sei also nicht wünschenswert, vor dieser Erklärung im Parlament die gewünschten Mitteilungen zu machen.

— Der politische Korrespondent der „Sunday Times" weiss zu melden, dass die Ausschreitungen in Jaffa den Glauben Churchills an den Zionismus als die zuverlässigste Macht im Mittleren Osten nur gestärkt haben und dass seine Lobreden über die von den jüd. Kolonisten geleistete Arbeit alle diejenigen in Staunen versetzen werde, die das ganze zionistische Unternehmen als unbedeutend betrachten.

— Gelegentlich des in London stattgefundenen Trauermeetings für die Jaffaer Opfer, beklagte sich das Mitglied der Zion. Exekutive, Cowen, dass die in Palästina herrschende äusserst strenge Zensur eine Verständigung zwischen der Zionist Commission (Waad Hazirim) und der Zion. Org. in London verunmögliche, sodass die Exekutive in London nicht genau wisse, wie alles sich wirklich dort abgespielt habe. Die Zion. Org. müsse jedoch über alle Vorfälle genau orientiert sein, um darauf reagieren zu können.

London, 6. Juni. Auf einer öffentlichen Versammlung der Londoner Aguda, wurden nach einem Referate von Dr. Leo Jung (Cleveland), folgende Resolutionen angenommen:

Die Versammlung beschliesst der Leitung der Agudas Jisroel Weltorganisation ihr volles Zutrauen auszudrücken für ihre energische Arbeit für Klall Jisroel in Erez Jisroel. Insbesondere begrüsst die Versammlung die Palästinareise des Gerrer Rabbi, die sie als Anfang einer segensreichen, praktischen Aufbautätigkeit der Orthodoxie in Erez Jisroel betrachtet.

Die Versammlung richtet an die englische Regierung das dringende Ersuchen, das Verbot der Einwanderung nach Erez Jisroel sofort aufzuheben, damit es insbesondere auch der Orthodoxie ermöglicht werde, am Aufbau des Heiligen Landes im Geiste der jüd. Tradition mitzuhelfen.

— Die in Manchester abgehaltene 20. Jahreskonferenz des Bnei-Brith-Ordens nahm eine einstimmige Resolution an, wonach sich der Orden mit der zion. Weltbewegung identifiziert und den Aufbau der jüdisch-nationalen Heimstätte in Palästina als eine seiner wichtigsten Aufgaben betrachtet. (J.C.B.)

— Auf eine Anfrage im Unterhaus erklärte der Kriegsminister, dass in Konstantinopel 20,200 Engländer und 4,500 Indier ständen, in Mesopotamien 6,000 Engländer und 50,000 Indier und in Palästina 4,400 Engländer und 6,800 Indier.

— Minister Mond hat — dem Wunsch des Zentralkomitees des Keren Hajessod in England Folge leistend — sich bereit erklärt, das Amt des Ehrenvorsitzenden dieses Komitees zu übernehmen.

— Anlässlich des Geburtstages des Königs wurde Sir Markus Samuel, dem ehemaligen Lord-Mayor von London der Titel eines Lord verliehen.

— Vom Publizitäts-Departement der Zion. Org. wurde soeben in englischer Sprache ein „Keren Hajessodbuch" herausgegeben, worin ausser dem Zweck des Keren Hajessod und Anführung einer Reihe der von diesem in Palästina durchzuführenden Arbeiten, u. a. auch Aufklärungen über die Lage in Palästina und die Wichtigkeit des Mandates, wie auch der einzelnen Mängel desselben, enthalten sind.

Amerika.

— Laut einem Telegramm aus Washington vom 2. Juni hat Präsident Harding ein Begrüssungsschreiben an das Präsidium des Washingtoner Empfangs-Komitees für die Zion. Delegation gerichtet, in dem es u. a. heisst: „Ich wünsche einen Ausdruck meines freundschaftlichsten Interesses für die zion. Bewegung hinzuzufügen. Es ist für den, der die Leistungen des jüd. Volkes überhaupt studiert hat, unmöglich den Glauben zu verlieren, dass es eines Tages wieder sein historisches nationales Heim aufrichten u. dann in eine neue und grössere Phase seiner Mitarbeit zum Wohle der Menschheit eintreten wird. Bitte versichern Sie die versammelten Gäste meines ununterbrochenen Interesses für die Sache, für die Sie so eifrig eintreten."

— Laut Meldung des J. C. B. ergeben die bisherigen Wahlergebnisse für die zion. Jahreskonvention eine bedeutende Mehrheit für die Anhänger Weizmanns. Die Majorität der bisher gewählten Delegierten erhielt eine gebundene Marschroute, für die Autorität der zion. Weltorganisation tatkräftig einzutreten und das Programm des Keren Hajessod bedingungslos anzuwenden.

— Das J. C. B. hat unter dem 6. folgendes Telegramm aus New York erhalten: Die Konvention, an der sich die Zion. Delegation beteiligt, wird heute eröffnet. Untermaier ist bemüht, eine Einigung zu erzielen und die amerikanischen Führer sind bereit, den Keren Hajessod gemäss den Londoner Beschlüssen mit folgenden Modifikationen anzuerkennen: Der Keren Hajessod gewährt den Spendern Anteile des Jewish Colonial Trust in der Höhe von 27 Prozent ihrer Beiträge; der Keren Hajessod verwendet die Anteile des Colonial Trust zu finanziellen Investierungen; die amerikanischen Zionisten haben substantielle Vertretung in der Budget-Kommission der Weltorganisation; die palästinensische Verwaltung darf das Budget nur mit Einwilligung der Budget-Kommission ändern; der Keren Hajessod ist durch die Zion. Exekutive zu kontrollieren. Brandeis wird der Konferenz nur beiwohnen, wenn eine Einigung erzielt ist.

— Beim Besuche Philadelphias wurde die zion. Delegation von einem vieltausendköpfigen Publikum gefeiert. Beim Massenmeeting für den Keren Hajessod war auch der Bürgermeister Philadelphias anwesend, der den Beschluss des Gemeinderates übermittelte, den Keren Hajessod zu unterstützen, der auch eine halbe Million Dollar aus den Gemeindegeldern für den Keren Hajessod bewilligt habe. Weizmann, Ussischkin und Naiditsch erhielten das Ehrenbürgerrecht Philadelphias. (J.C.B.)

— Am 5. Juni sollte Präsident Harding durch einen Druck auf einen elektrischen Knopf in Washington die Türen des neuen von der „Hajas" in New York erbauten Emigrantenheims eröffnen. Es ist dies das erste Mal in der Geschichte Amerikas, wo ein Präsident formell eine jüd. Institution eröffnet.

— Peter Schweitzer, der soeben aus Palästina zurückgekehrt ist, zeichnete für den Keren Hajessod 100,000 Dollar.

Argentinien.

— Alexander Goldstein, der in Angelegenheit des Keren Hajessod in Argentinien eingetroffen ist, fand dort eine begeisterte Aufnahme. Bei einer ausserordentlichen Konferenz wurde der Beschluss gefasst, für den Keren Hajessod als Mindestbeitrag 5 Mill. Pesos aufzubringen.

Erez Israel — Palästina.

— Der Waad Leumi überreichte Samuel folgende Eingabe: Die Mitglieder des Waad Leumi, die sich am 16. und 17. Mai in Jaffa versammelt haben, haben das Präsidium des Waad Leumi beauftragt, Eurer Exzellenz den Ausdruck der grössten Erbitterung der jüd. Bevölkerung aller Klassen und den schärfsten Protest gegen die Verhinderung der Einwanderung zu übermitteln. Die jüd. Bevölkerung hat am allerwenigsten in der Regierungszeit eines jüd. Oberkommissärs solch eine Antwort auf den Jaffaer Pogrom und die bewaffneten Ueberfälle auf die Kolonien erwartet. Noch bevor die Veranstalter der Unruhen und deren Aufhetzer bestraft worden sind, hat Eure Exzellenz es für möglich und nötig erachtet, uns mit der Einstellung der Einwanderung zu bestrafen, wodurch wir als die Schuldigen in den Augen der Araber hingestellt werden und auch ein äusserst gefährlicher Präzedenzfall für

unsere gesamte zion. Arbeit geschaffen wird. Die öffentliche Regierungskundgebung, die in ihrem ersten Berichte bez. eines Zusammenstosses zwischen zwei jüd. Demonstrationszügen ungenau war und dadurch den falschen Eindruck erweckte, als ob dies Veranlassung des Ausbruches der Unruhen gewesen ist, hat beigetragen, in der Welt den Glauben an die Schuld der Juden zu erwecken. Jetzt kam dazu die Einstellung der Einwanderung, die die Blutgeschichte der letzten Tage mit einem nicht nur das palästinensische Judentum, sondern die Judenheit der ganzen Welt treffenden Schlage besiegelt hat. Eure Exzellenz wird wissen, dass die Verletzung solcher, dem jüd. Volke heiligen und teueren Dinge einem energischen Widerstand begegnen wird und dass bez. der jüd. Einwanderung kein Platz für irgendwelche Konzessionen vorhanden ist. Die Mitglieder des Waad Leumi sind der Ansicht, dass alle Erklärungen Eurer Exzellenz über das Stoppen der Emigration, die dem Präsidium des Waad Leumi übermittelt wurden, nicht imstande sind, unsere Demütigung zu verringern und unsere Erbitterung vergessen zu machen, solange die Tatsache der Schliessung der Tore Palästinas vor dem jüd. Volke als solchem bestehen bleibt. Eure Exzellenz kennt das grosse Vertrauen, das die jüd. Einwohner Palästinas dem ersten jüd. Oberkommissär Judas entgegenbringen. Dieses Vertrauen ist infolge der jetzigen Unruhen einer schweren Belastungsprobe unterworfen und möge Eure Exzellenz die Grösse des Schmerzes infolge dieses durch ihn uns zugefügten Schlages begreifen. Im tiefsten Schmerze wenden wir uns an Eure Exzellenz mit der Bitte, das Unrecht wieder gut zu machen und sofort das Verbot der Einwanderung aufzuheben. Es geht um unser Leben.

— Der Waad Leumi hat einen Appell an die gesamte Judenheit erlassen, in dem u. a. darauf hingewiesen wird, dass die Orientalen weder die zögernde Politik Europas in bezug auf das Mandat verstehen können und deshalb falsche Schlüsse ziehen, noch der humanen Politik Samuels zugänglich sind. Die Judenheit Palästinas ersuche daher die Grossmächte, so rasch als nur irgend möglich, den Mandatsvertrag zu unterfertigen. Gleichzeitig wird auch Protest gegen die Einstellung der jüd. Einwanderung nach Palästina erhoben. Es sei innigster Wunsch Aller, dass die Ruhe im Lande aufrecht erhalten bleibe und freundschaftliche Beziehungen zu allen Einwohnern bestehen. Der Aufruf schliesst mit der Aufforderung an die gesamte Judenheit, weiterhin Tausende von Einwanderern nach Palästina zu entsenden.

— Der „Beth el Mukdisch" knüpft an die Veröffentlichung des offiziellen Communiqués über die zwischen dem Oberkommissär und der engl. Regierung geführten Verhandlungen und die temporäre Unterbrechung der Einwanderung folgende Bemerkung: Wie aus der offiziösen Kundgebung ersichtlich, wurde die zion. Einwanderung nach Palästina nur temporär eingestellt und zwar bis Abschluss der Verhandlungen zwischen dem Oberkommissär und der britischen Regierung in London. Wenn wir auch nichts über den Ausgang dieser Verhandlungen im Voraus wissen können, so steht es dennoch fest, dass die Verhandlungen keineswegs mit der Annullierung der Balfour-Deklaration ihren Abschluss finden werden. Dass die Einwanderung temporär eingestellt wurde, hat gar keine Bedeutung, wenn diese bald wieder aufgenommen werden sollte und zwar deshalb, weil die Balfour-Deklaration die britische Regierung bindet und sie zwingt, die Tore Palästinas der zion. Immigration offen zu halten. Es ist also wichtig, dass die Balfour-Deklaration vollständig annulliert werde.

— Die Einladung des englischen Admirals Robeck zum Besuche des Kriegsschiffes „Iron Duke" (s. „J. P.Z." Nr. 146) wurde von den Jaffaer arabischen Notabeln abgelehnt, da sie mit den ebenfalls eingeladenen Vertretern der Juden nicht zusammenkommen wollen.

— Am 14. Mai wurde der einzige Vertreter der Arbeiterschaft im Advisory Council, Ben-Zwi, von Samuel in längerer Audienz empfangen, dem er unter gleichzeitiger Ueberreichung eines ausführlichen Memorandums über die Lage im Lande seine Demission überreichte (s. „J.P.Z." Nr. 146), die jedoch nicht angenommen wurde.

— Der „Doar Hajom" vom 24. Mai veröffentlicht in Fettdruck folgenden Protest: Im letzten Augenblick hat die Zensur in unserem Organe nicht nur den Grossteil des Artikels und die meisten lokalen Nachrichten verboten, sondern auch wichtige Depeschen aus Paris, die jüd. Fragen im Galuth betreffen, welche keinen Zusammenhang weder mit Palästina, noch den dort vorgekommenen Unruhen haben. Wir protestieren mit aller Macht gegen dies Verhalten der Zensur; zum Zeichen des Protestes wird unsere Zeitung morgen nicht erscheinen.

— Der Vertreter der ICA und Barons Edmond Rothschild, Frank, sprach am 21. Mai beim Oberkommissär vor, um mit ihm über die gegenwärtige Lage und den Schutz der Kolonien Rücksprache zu nehmen. Samuel versicherte ihm, dass er betreffs der Sicherheit in den Kolonien vollkommen beruhigt sein könne.

— Die bürgerlichen Gerichte Jaffas, die sich mit den leichteren Vergehen während der Unruhen befassten, verurteilten bis zum 18. Mai 17 Araber, bei denen man geraubtes Gut gefunden hatte, 2 Araber und 6 Juden wegen unerlaubten Waffenbesitzes, 7 Juden für gesetzwidriges Verhalten und Nichtfolgeleistung den Polizeibefehlen, 1 Juden wegen Anlegung militärischer Kleidung ohne Erlaubnis und 1 Juden wegen Eindringens in eines der Häuser. Das Sonder-Gericht zur Verurteilung der schwereren Verbrechen begann am 24. Mai mit seinen Verhandlungen.

— In Jaffa wurde ein Araber zu 10 Jahren Kerker verurteilt, der anlässlich der Jaffaer Ereignisse am Verbrechen des Mordes schuldig befunden wurde, während gleichzeitig zwei weitere Araber freigesprochen wurden.

— Die Grenze zwischen Syrien und Palästina wurde gesperrt, da aus Syrien Waffen nach Palästina eingeschmuggelt werden.

— Im „Doar Hajom" empfiehlt Ben Jehuda die Einführung einer nur aus Fremden sich zusammensetzenden Polizei, da nur diese geeignet sei, unparteiisch vorzugehen. Als Preis für die Erhöhung der Sicherheit, werde der Kaufmannsstand wohl bereit sein, mit einer speziellen Steuer, zu deren Kosten beizutragen.

— Am 24. Mai brachte die „Suez" 21 Juden nach Jaffa, denen die Regierung die Landung gestattete. Trotz des Befehles des über die Einwanderung wachenden Offiziers, weigerten sich die Bootsleute, die Ausschiffung dieser Juden vorzunehmen mit der Begründung, dass sie keine Boote hätten, worauf die Juden vermittelst des Motorbootes der Regierung ans Land gebracht werden mussten.

— Der arabische Kongress, der statt nach Haifa diesmal für den 26. nach Jerusalem einberufen worden war, wurde am festgesetzten Tage nicht eröffnet, da die Delegierten aus Haifa und Sichem nicht rechtzeitig eingetroffen waren.

— Nach der Abreise Ruppins am 31. Mai nach Europa hat Dr. Eder die Leitung des Waad Hazirim übernommen.

— Die verschiedenen Arbeiten in Jaffa sind nach der zeitweiligen Unterbrechung infolge der Unruhen wieder aufgenommen worden, dagegen ruhen die verschiedenen vom Waad von Tel-Awiw geplanten Arbeiten noch, die gleich nach Ostern hätten in Angriff genommen werden sollen. In der letzten Maiwoche sollten

Wegebauten von der Allenby-Strasse bis zur Fabrik „Silikat“ aufgenommen werden, wo 80 bis 100 Mann Beschäftigung finden können.

— In der muselmanisch-christlichen Kolonie Ramleh, die gegen 1 Stunde von Jerusalem entfernt ist, wohnen bereits seit vielen Jahren 6 Juden, 2 Schuster, 1 Stoffhändler und 3 Jemeniten, stets im Frieden mit ihren Nachbarn. Dieser Tage überreichten nun die Notabeln der Kolonie ein Gesuch an die Regierung, diesen Juden das Wohnen in Ramleh zu verbieten.

— Am 23. landete in Jaffa der bekannte Volksredner aus Amerika, Masliansky.

— Der Waad Hachinuch gibt periodisch Schulliederhefte heraus, die vom Sänger Kipnis redigiert werden. Den Liedern wird auch das betreffende Notenmaterial beigegeben.

Letzte Nachrichten.

Teilweise Aufhebung des Landungsverbotes in Palästina.

Einem Telegramm der Zion. Org. in London an die Palästina-Aemter zufolge hat Samuel die Landung derjenigen Palästina-Wanderer, die sich bereits in den Hafenstädten Europas befinden, wieder erlaubt. Die Zion. Org. bemüht sich darum, dass diese Bewilligung auf alle unterwegs befindlichen Chaluzim ausgedehnt werde.

Schweiz.

— Am 5. Juni fand in Zürich im Anschluss an eine Beratung der jüd. Armenpfleger eine allgemeine Besprechung mit dem Traktandum: „Unterstützung der Durchwanderer“ statt und wurde bei dieser Gelegenheit beschlossen, den in Zürich am 6. April gegründeten „Verband der Juden in der Schweiz“ durch eine ausgedehnte Aktion über die ganze Schweiz zu einem, wie ursprünglich geplant, interkantonalen Verband auszubauen. Nach einem von Ing. Ginsburg erstatteten Referat über die Emigrationsfrage wurde einstimmig beschlossen, dass die Emigrantenfürsorge von der Armenpflege getrennt und von einer speziellen Organisation geleistet werden soll und sodann mit 18 gegen 4 Stimmen bei einer Enthaltung festgesetzt, dass sich der „Verband der Juden in der Schweiz“ mit dieser Fürsorge zu befassen habe. Ein zu erscheinender Aufruf fordert die Juden in der Schweiz auf, dem erwähnten Verband beizutreten und ihm die Mittel zu gewähren, um seinen Aufgaben gerecht werden zu können.

Geschäftliche Notizen.

— Wie wir vernehmen, trägt sich die Fabrik Dr. A. Wander, A. G., Bern seit längerer Zeit mit Plänen, ihre Ovomaltine auch in Form einer Schokoladetafel in den Handel zu bringen. Das soll ermöglichen, das Kräftigungsmittel, welches ja wirklich Gutes leistet, auch während den Anstrengungen anzuwenden. Zu diesem Zwecke haben die Firmen Wander und A. & W. Lindt eine Vereinbarung getroffen zur Herstellung von Ovomaltine Chocolat, einer reinschmeckenden, nicht zu weichen Schokolade mit nahezu 50 % Ovomaltinegehalt, reich an Energiewerten, zuträglich und dabei angenehm von Geschmack. Ovomaltine Chocolat für unterwegs, auf Reisen, beim Sport, bei der Arbeit, in der Schule — das Präparat dürfte trotz der Krisis Interesse finden. —

— Wohl keine der gegenwärtigen schweiz. Lotterien dürfte so interessant sein, wie diejenige, im Kanton Zürich konzessionierte, des Naturheilvereins Zürich. Abgesehen vom gemeinnützigen, gesundheitfördernden Zwecke bietet diese Lotterie, dank der technischen Kombination, bei Ankauf einer ganzen Serie, folgende Vorteile: 1. sofortige Ausbezahlung der Treffer, erster u. zweiter Ziehung, bis zu Fr. 20.000. 2. ein Vorzugslos, das an der dritten Ziehung, mit Treffern bis zu Fr. 50.000.— teilnimmt. Solche Vorteile werden nicht alltäglich von einer Lotterie geboten. Dieses Unternehmen, dessen Ziehungen absolut reell und unter amtlicher Aufsicht stattfinden, empfehlen wir unsern Lesern. Beachten Sie die Annonce im Inseratenteile unsereres Blattes.



Empfehlenswerte Firmen in Basel



Schweizerische Bankgesellschaft

45 Bahnhofstrasse **Zürich** Bahnhofstrasse 45

„zum Münzhof“

Depositenkasse: Römerhof-Zürich 7

Bankgeschäfte aller Art

Crowe & Co. Aktiengesellschaft
Internationale Transporte
in Basel, St. Gallen, Zürich, Chiasso, London, Manchester, Liverpool, Antwerpen, Paris, Marseille, Bordeaux, Dünkirchen, Straßburg, Mülhausen, Mailand, Rom, Genua und Como
empfehl. sich zur Uebernahme aller in ihr Fach einschl. Aufträge

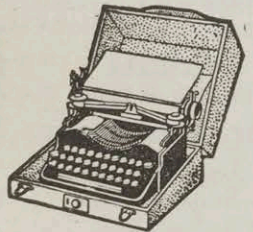


Aktiengesellschaft
Leu & Co.
Aktienkapital Fr. 40,000,000
Zürich

Bankgeschäfte jeder Art
Beratung in allen finanziellen Angelegenheiten

Schweizerische Volksbank
ZÜRICH
Besorgung sämtl. kuranter Bankgeschäfte

„ERIKA“ die Schreibmaschine für die Reise u. für Privatgebrauch



Leicht, Handlich
Gefälliges Aussehen
Dauerhafter präziser Bau
Gewicht mit Köfferchen ca. 5 kg
Preis Fr. 375.—

GEBRÜDER
SCHOLL
POSTSTRASSE 3 ZÜRICH

BANKHAUS
Julius Bär & Co., Zürich
kulante Besorgung aller bankgeschäftlichen Transaktionen

Beachten Sie bitte im „Tagblatt“ die Programme nebenstehender Lichtspieltheater:

Orient-Cinema
Haus du Pont
Central-Theater
Weinbergstrasse 13
Eden-Lichtspiele
Rennweg
Roland-Kino
Langstrasse



Von Mittwoch 8. Juni bis Dienstag 14. Juni 1921. Täglich von 2 1/2-11 Uhr

Die beliebteste franz. Künstlerin von der Comédie Française **Huguette Duflos** in dem grossen erstkl. Prachtfilmwerk in 6 Akten
Indische Rache
Nach dem bekannten Roman von Théo Bergérat.

Des grossen Erfolges wegen bringen wir diese Woche ein zweites Lustspiel mit dem **Affen „Joe“**
Joe Martin, der Affenmensch ? ?
Stürmischer Lacherfolg!

BESTIE, MENSCH oder **TIER**
Drama in 6 Akten aus den arktischen Meeren.

BISCOT
als Geisterbeschwörer

CHARLOT
als Bäckerjunge.

Ein Progr. v. Reichhaltigkeit.

Cabaret Minerva Bern
Täglich zwei Vorstellungen
Nachm. 5–7 und Abends 8–10 1/2 Uhr
PRIMA KAFFEE - ERSTKL. WEINE
Genfergasse 8 Telephon 3377

Seul Cabaret français à Berne
Inhaber: S. JAKOBSOHN. Direktion: FR. DUPERRET.

Die „J.P.Z.“ ist eine Privatagentur — Insertionspreis: Die viergespaltene Nonpareillezeile Fr. 1.20 — Druck von Kopp-Tanner, Zürich